

Parlamentarischer Vorstoss

2021/75

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Offene Grenzen für Grenzpendler/-innen langfristig sicherstellen
Urheber/in:	FDP-Fraktion
Zuständig:	Martin Dätwyler
Mitunterzeichnet von:	--
Eingereicht am:	11. Februar 2021
Dringlichkeit:	Als dringlich eingereicht

Die Wirtschaft und das Gesundheitswesen der Region Basel sind auf Grenzpendlerinnen und –Pendlern angewiesen. Aus Deutschland und Frankreich reisen jeden Tag über 60'000 Grenzgängerinnen- und Grenzgänger in die Nordwestschweiz zur Arbeit. Für zahlreiche kleinere und grössere Unternehmen im Kanton Basel-Landschaft ist es essenziell, dass ihre Arbeitskräfte aus dem nahem Ausland täglich ungehindert die Grenze passieren können – auch in Krisenzeiten.

Seit dem Ausbruch von Covid-19 wurden offene, uneingeschränkt passierbare Grenzen für Pendlerinnen und Pendlern immer wieder in Frage gestellt. Im Frühjahr 2020 kam es zu einer Schliessung der Grenzen. Glücklicherweise wurden die Arbeitspendlerinnen- und -pendler von der Schliessung ausgenommen. Auch in der zweiten Welle waren Grenzschiessungen zum Teil wieder ein Thema. So forderten zum Beispiel vor kurzem die nationalen Präsidien verschiedener Parteien, dass die Behörden eine generelle Testpflicht an der Grenze einführen - eine Massnahme, die die Wirtschaft klar ablehnt. Auch die Grenzschiessung Frankreichs sorgte zu Beginn für Verwirrung. Die immer wiederkehrenden Diskussionen um eine mögliche Schliessung der Grenzen stellt für die Unternehmen unserer Region eine grosse Unsicherheit dar. Die Wirtschaft braucht Klarheit darüber, welche Schritte die Regierung unternimmt, um kurz- und langfristig die Offenhaltung der Grenzen für Grenzpendlerinnen und -pendler sicherzustellen. Dazu gehört die Koordination mit den Nachbarkantonen und -ländern wie auch mit dem Bund.

Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zur Bewältigung der ersten Welle der COVID-19-Pandemie vom 24. November 2020 die Grenzproblematik unerwähnt gelassen. Mit der vorliegenden Interpellation möchten wir den Regierungsrat deshalb bitten, uns folgende Fragen zu beantworten:

- Wie schätzt der Regierungsrat das bisherige Grenzregime während der Pandemie ein?
 - Was hat der Regierungsrat seit dem Ausbruch der Pandemie unternommen, dass die Grenzen für Pendlerinnen und –Pendlern offen bleiben?
 - Welche Lehren zieht der Regierungsrat aus der bisherigen Situation und den bereits getroffenen Massnahmen?
-

- Welche Massnahmen bzw. Strategie zieht der Regierungsrat in Erwägung, um langfristig die Unsicherheiten bezüglich möglicher Grenzschiessungen für Arbeitspendlerinnen und –pendler zu reduzieren (z.Bsp. Koordination NWCH-Regierungskonferenz, Übereinkunft mit den Nachbarländern, bessere und frühzeitige Kommunikation über mögliche Massnahmen an der Grenze) und damit die Stabilität sicherzustellen?